

Schuhmacher-Fachblatt

Erforsche die Wahrheit,
Dann kommt du zur Klarheit.

Organ der deutschen Schuhmacher

Erscheint jeden Sonntag. — **Abonnementspreis:** pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1,10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postämter nehmen Bestellungen entgegen. Auch zu beziehen durch die Expedition in Göttingen. Kreuzbandendungen innerhalb Deutschlands und nach Österreich kosten 4 Exemplare à 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare à 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplare à 1 Mk. 80 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Verlagspreisliste unter Nr. 6940. — **Inserate** werden mit 25 Pf. die dreizehnpennige Zeile ober deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 30 1/2 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 60 Prozent Rabatt.

Nr. 37

Göttingen, 14. September

1902

Arbeitsnot und Hungersnot.

Die Fleischwucherer an der Arbeit.

Allüberall Geschrei nach Brot
Vom Atlas bis Mexiko,
In halb Europa Hungersnot,
Im halben Ostern Mangel.
Herwegh.

Das notleidende arbeitende Volk kann sagen: Ein Unglück kommt selten allein. Seit zwei Jahren senkt es unter der Fuchtel einer furchtbaren Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit, ungenügende Beschäftigung, reduzierte Arbeitslöhne, schlechten Verdienst und Massenelend verursacht hat und nun gefestigt sich dazu zu allem Ueberflusse auch noch eine furchtbare Fleischsteuerung. Aus allen Teilen Deutschlands kommen die Klagen über Vieh- und Fleischmangel und Fleischsteuerung und das arbeitende Volk, das bisher schon wenig Fleisch zu kaufen vermochte, sieht sich nun vor die traurige Notwendigkeit gestellt, den Fleischkonsum angesichts der unerschwinglichen Fleischpreise ganz aufzugeben.

Dabei, und das ist das Empörende bei der ganzen Fleischnot, ist nicht etwa der Mangel an Schlachtvieh die Ursache, sondern die von der Regierung seit langer Zeit schon wegen angeblicher Viehpeuden im Auslande verhängte Grenzsperr. Zuerst haben die Einfuhrverbote für lebendes Vieh eine Knappheit an schlachtbarer Ware vorbereitet. Die Einfuhr von Rindvieh ist so mit Maßregeln belastet, daß überhaupt nur die Einfuhr hochwertiger Ware möglich ist, die aber nicht zur Verbilligung der Preise beiträgt. An Schweinen hat die Industriebewölkerung Deutschlands immer einen Bedarf gehabt, der die inländische Produktion weit übertraf, so daß allein an lebenden Tieren eine Million Stück und darüber jährlich vom Auslande bezogen werden mußten. Auch diese Einfuhr ist verboten und man läßt nur für einzelne Gegenden noch eine bestimmte Einfuhrmenge von zusammen 70 000 Stück zu. Ebenso ist im Zusammenhang mit dem Fleischbeschaugesetz der Kampf gegen ausländische Fleischfabrikate organisiert worden. So wurde die Einfuhr von Wachsenfleisch und Würsten, die sehr bedeutend war, bereits am 1. Oktober 1900 radikal verboten. Die Einfuhr von Rindfleisch in Stücken von unter 4 Kilogramm Gewicht verbietet das Fleischbeschaugesetz gleichfalls. Vom 1. Oktober ab treten dazu die Bestimmungen über die Verwendung von Konservierungsmitteln in Kraft und am 1. April 1903 das ganze Fleischbeschaugesetz. „Nun hat sich allerdings in letzter Zeit eine Einfuhr geschlachteter Schweine entwickelt, allein eine solche verbietet sich in der heißen Jahreszeit von selbst, sie kann auch nie die Einfuhr lebenden Viehes ersetzen. Die Berichte der deutschen Schlachthöfe zeigen seit längerer Zeit schon einen empfindlichen Rückgang der Schlachtungen. Bedenkt man dazu den vermehrten Verbrauch infolge der Einfuhrbeschränkungen, so begreift man ohne weiteres die Preissteigerung für das geringwertige Bullen- u. c. Fleisch, das jetzt zur Würstherstellung in steigendem Maße verwendet werden muß, man begreift aber auch, wie es um die Volksernährung bestellt ist. Sie wird teurer und schlechter, der Fleischgenuß wird demnach zu einem Privilegium der Wohlhabenden.“

Der Leser erfährt daraus, daß die Fleischnot und Fleischsteuerung planmäßig durch gesetzgeberische und administrative Maßnahmen seit Jahren von der Regierung den Junkern und Junkerengenossen zubereitet und so künstlich herbeigeführt worden sind. Ehemals, als die Verkehrsmittel noch wenig entwickelt waren, als es noch keine Eisenbahnen, keine Dampfschiffe, keine Telegraphen, keinen nationalen, geschweige denn internationalen oder Weltmarkt, sondern nur einen lokalen Markt gab, da kamen Steuerungen und Hungersnot vor infolge von Missernten, Elementarereignissen, Krieg, Epidemien u. c. und da konnte es passieren, daß an einem Orte die größte Not herrschte, während anderwärts Ueberfluß vorhanden war. Heute aber, wo durch die höchentwickeltesten Verkehrsmittel die Entfernungen gleichsam aufgehoben sind und Indien, China, Australien, Amerika Fleisch, Reis, Getreide und andere Früchte aller Art nach Europa liefern und umgekehrt Europa die andern Erdteile mit allen möglichen von seinen eigenen Arbeitsprodukten versorgt, heute sind Steuerungen und Hungersnot wegen Miß-

ernten z. B. unmöglich. Aber da kommen die geschworenen und verschworenen Feinde des Volkes, die Junker und Junkerengenossen mit der Regierung an der Spitze und führen alle diese Mitten künstlich herbei, damit sie für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere für das Vieh, recht hohe Preise, Wucherpreise erlangen und so ihr Einkommen, ihre Grundrente erhöhen können. Unter Mißbrauch ihrer Macht im Staate wenden die Agrarier und die Regierung alles an, um die Masse der Konsumenten, um das arbeitende Volk mit hohen Wucherpreisen zu schröpfen und wie eine Zitrone auszupressen. Der deutsche Industriestaat wird so den Agrariern zum Raube.

Es ist von größtem Wert, festzustellen, daß an der Fleischnot die Agrarier und die Regierung allein schuld sind, weil deren dienstbare Presse nach der bekannten Diebstahlsart an der Arbeit ist, die Aufmerksamkeit der empörten Konsumenten von sich ab und auf die Wegemeister hinzulenken. Deren Verteidigung zu führen, ist sonst nicht unsere Sache, aber hier ist Klarheit geboten, um die belasteten und verantwortlichen Volkshungerer nicht entweichen zu lassen. An der Kennzeichnung der Schuldigen arbeiten die Wegemeister selbst auch mit und so hat einer von ihnen, Mohrman in Hannover, in der „Allgem. Fleischzeitung“ folgende Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse veröffentlicht:

„Die Viehverteuerung hat in der letzten Zeit ganz enorm zugenommen. Diese Konjunktur wird voraussichtlich für Großvieh andauern, für Schweine noch sogar zunehmen. Es werden Preise gezahlt werden müssen, wie solche selten dagewesen sind. Es überkommt einen ein Grausen, wenn man bei solchen Preisen vor einem getauften Stück Vieh steht, und man bezweifelt die Möglichkeit, den gezahlten Preis daraus wieder herauszuarbeiten. Manche ehrenwerte Christen unter den Kollegen wird unter solchen Verhältnissen wirtschaftlich zusammenbrechen. Auch die Vetter und Bekannten werden zu dem Auspruch kommen: „Wir arbeiten nur für die Agrarier.“ Das find abnorme, ungenügsame Zustände, sie fordern heraus und berechtigen zu eben solchen Schritten zu ihrer Abänderung. Empfindet es sich noch, wie bisher, an die zuständigen Behörden, wie Bundesrat u. s. w., wohlgefügte Resolutionen und Eingaben zu richten, in welchen unter Verfüzung einwandfreien, statistischen Materials das Unvermögen der heimischen Landwirtschaft zur genügenden Viehproduktion dargehalten wird, in welchen in aller maßvoller Weise vom sachmännischen Standpunkt aus das Ammenmärchen von der Gefahr der Seucheneinmischung durch die Einfuhr ausländischen Viehes widerlegt wird, in welchen wir schließlich achtungsvollst und ergebenst um Milderung resp. Aufhebung der Sperr bitten? Jeder, der sich dieses fragt, wird gewiß zu dem Resultat kommen, daß solches nach den bisherigen Erfahrungen gänzlich zwecklos ist. Bei dem übergroßen Wohlwollen, welches die Agrarier bei den betreffenden Behörden und Regierungen gefunden haben, ist eine negative Antwort vorauszu sehen. Um weitere Kreise, die es noch nicht wissen, aufzuklären, daß ganz abnorme Verhältnisse die Fleischsteuerung veranlassen, dürfte es sich empfehlen, daß im ganzen deutschen Vaterlande für einen bestimmten Zeitraum, vielleicht 14 Tage (außer den Vieserungs-Inhabern) jegliche Schlachtung unterbleibt. Einen pekuniären Verlust dürfte dies wohl kaum bei jetzigen Preisen für jemand haben, vielleicht das Gegenteil. Solche Maßnahmen dürften wohl das letzte Mittel in unserm Kampf gegen die Sperr vorstellen, den wir im Interesse vieler Millionen von Fleischkonsumenten führen. Es dürfte damit alles getan sein, was von energischen, thatkräftigen Männern verlangt werden kann, die sich mit papierernen Eingaben nicht weiter befassen mögen. Hat dies keinen Erfolg, so wollen wir nur wünschen, daß durch die kommenden Reichstagswahlen im nächsten Jahre sich unser Volk von der agrarischen Seuche befreit, die kommende Geschichtsschreiber vielleicht als den Stuch Deutschlands in unserer Zeit bezeichnen werden.“

Das läßt sich hören. So macht die Regierung mit ihrer Agrarpolitik der Volksauswanderung aus den braunen Unterthanen wahre Rebellen, die nur noch von einem Depositions-Reichstag, von der Sozialdemokratie, Rettung erwarten und so mag es vielleicht bei der nächsten Reichs-

tagswahl gelingen, den alten Volkseinden und Volkshäubern einen vernichtenden Schlag beizubringen.

Sind die Schlachtungen in den beiden Kriegsjahren infolge der Notlage des arbeitenden Volkes erheblich zurückgegangen, so in den letzten Monaten auch noch infolge des Mangels an Schlachtvieh, das im Inland nicht in genügender Menge produziert wird und aus dem Auslande, wo daran kein Mangel ist, nicht eingeführt werden darf. In Nürnberg sind in den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres nur 61 808 Schweine geschlachtet worden gegen 76 136 in der gleichen Periode 1901 und 93 809 1900; die Gattwirte haben in derselben Zeit geschlachtet 12 791 gegen 25 162 bzw. 28 972. Dabei ist aber in dieser Zeit die Bevölkerung um Laufende vermehrt worden. Zur Ernährung der Bevölkerung stand an frischem Fleisch zur Verfügung: 1900 761 735, 1901 706 940 und 1902 578 885 Kilogramm, woraus klar und deutlich die Verschlechterung der Volksernährung hervorgeht. Was die Preise betrifft, so kosteten die Schweine im Viehhof lebend: 1900 37 bis 42 Pf., 1901 47 bis 50 Pf., 1902 47 bis 51 Pf. per Pfund.

In Berlin kostete das Kilo:

	August 1902	Juni 1901
Rindfleisch, Keule	1,80 Mk.	1,60 Mk.
„ Bauch	1,50 „	1,30 „
Schweinefleisch	1,80 „	1,60 „
Kalbfleisch	1,80 „	1,80 „
Dammelfleisch	1,80 „	1,60 „

Innerhalb Jahresfrist sind demnach, mit Ausnahme des Kalbfleisches, das offenbar weniger stark begehrt ist, die Preise für alle wichtigen Fleischsorten empfindlich gestiegen.

In Frankfurt a. M. notierte im Juli 1901 Ochsenfleisch (Schlachtwiege) 64 bis 67 Mk. pro Zentner (prima Qualität), im Oktober stieg er bereits auf 70 bis 71 Mk., sank aber alsdann wieder auf 64 bis 66 bis 69 Mk. und notiert gegenwärtig 69 bis 71 Mk. Bullenfleisch notierte vor Jahresfrist 53, 54 bis 55 Mk., gegenwärtig kostet es 58 bis 60 Mk.; Kuhfleisch stieg von 54 bis 56 Mk. gleichfalls auf 61 bis 63 Mk. Das Kalbfleisch kostete bereits im Einkauf 80 bis 82 Pf. für den Metzger. Schweine notierten im April 1901 59 Mk. pro Zentner, im Oktober 68 Mk., dann sank der Preis auf 64 Mk. und gegenwärtig beträgt er 70 Mk., eine Höhe, die er kaum je bisher erreicht hat. An zahlreichen Orten erhöhen die Metzger den Preis für das Pfund Schweinefleisch um 5, 6 bis 10 Pf., letztere enorme Erhöhung ist in Halle a. S. eingetreten.

Der Magistrat in Nürnberg hat eine Eingabe an die bayerische Regierung beschloffen, sie soll beim Reichskanzler und Bundesrat darauf hinwirken, daß die Grenzsperr aufgehoben und die Vieheinfuhr, für die ja dann immer noch die bestehenden Viehhöfe entrichtet werden müssen, freigegeben werde. Diefem Vorgehen werden sich voraussichtlich andere Stadtvertretungen anschließen. Die Stadtvertretung von Posen entsandte an den preußischen Landwirtschaftsminister von Bobbielski eine Abordnung, daß er im Hinblick auf die „Kaisertage“ die Einfuhr von 1500 Schweinen gestatten soll. Der regierende Agrarier lehnte dies Verlangen aber ab und versprach nur, mit der agrarischen Zentrale für Viehverwertung in Verbindung zu treten, damit sie die 1500 Schweine nach Posen dirigiere, die natürlich den andern Märkten wegenommen werden müssen. So fühlen sich die Minister als die Agenten und Sachwalter der profitierenden und volksauspressenden Agrarier.

Diese volksfeindliche und gemeinschädliche Agrarpolitik verdient die schärfste Verurteilung. In einer Zeit, da Millionen Arbeiter und Arbeiterfamilien sich in jeder Beziehung die größten Einschränkungen in der ohnehin dürftigen Lebenshaltung auferlegen müssen, da sowieso alle Lebensmittel, die Wohnungspreise und alle andern Bedarfsartikel sehr teuer sind und die Volksernährung eine ungenügende ist, bei der Kartoffeln und Raffee eine große Rolle spielen, die Fleischernährung aber recht unbedeutend ist, während es umgekehrt sein sollte, in einer solchen Zeit sollte man von allen Seiten auf eine fühlbare Verbilligung aller Lebensmittel, in erster Linie des Fleisches, hinwirken, um das Volk vor Enttäufung und Degenerierung zu bewahren. Alle Verze sind darüber einig, daß neben verschiedenen andern Ursachen der

Epidemie unserer Zeit, der Tuberkulose (Schwindsucht), die mangelhafte, ungenügende Ernährung hauptsächlich mitwirkt und ebenso sind die Alergie darüber einig, daß gute und reichliche Fleischnahrung die beste „Medizin“ zur Wiederherstellung von Lungenkranken ist.

Wie es heute mit der Fleischnahrung der Arbeiter steht, darüber gibt sehr interessante und lehrreiche Auskunft die vom Nürnberg Arbeitersekretariat veröffentlichte Arbeit über die Haushaltsrechnungen von 44 Nürnberger Arbeitern, unter denen leider kein Schuhmacher sich befindet. Es seien hier nur die Bemerkungen erwähnt, die zu der detaillierten tabellarischen Darstellung des Fleischverbrauchs derselben gemacht werden. Darnach fällt der prozentuelle Anteil der Ausgaben für Rind- und Schweinefleisch regelmäßig von den Einkommen von 1250 M. ab, dagegen steigen die freilich auch in der höchsten Gruppe noch sehr bestehenden Ausgaben für sogenanntes Luxusfleisch, Wild, Geflügel, Geiseln und dergleichen. Beim Fleischverbrauch ist zu bemerken, daß die Arbeiter vielfach auf die minderwertigen Fleischsorten angewiesen sind, neben Pferdefleisch, Pferdeleber, Pferdeblut, Pferdeur, die bei den niedrigen Gesamtausgaben sich öfters finden, kamen Ausgaben für Kopffleisch, Ochsenfuß, Guter, Rindsleber, Nieren, Milch, Herz sehr häufig vor. Die Ausgaben für Wurst nehmen einen relativ erheblichen Anteil des Budgets ein, was bei dem Massenreichtum und der minderen Qualität der genossenen Würste nicht als erfreulich zu betrachten ist. Die Fischkost ist in unsern Haushaltungsrechnungen von keiner Bedeutung, frische wie geräucherte Fische, auch Heringe, werden durch die Fracht und den Zwischenhandel so sehr verteuert, daß dieser Teil der Ernährung in Nürnberg leider fast als Luxus erscheint.

So waren die Verhältnisse der Nürnberger Arbeiter bezüglich der Fleischnahrung im Prosperitätsjahr 1899. Um wie viel mag sie sich verschlechtert haben in den beiden Krisenjahren und wie mag es damit gegenwärtig stehen angesichts der unerschwinglichen Fleischpreise. Und wie würde es in dieser Beziehung erst werden, wenn der agrarische Wucherer mit allen seinen wahrstimmigen hohen Böllen auf alle Lebensmittel zur Thajafade werden würde.

Die agrarischen Volksauswüchser reiben sich verächtlich die Hände ob der Wucherpreise für Vieh und Fleisch und alle andern Mittel und beten mit heuchlerischem Augenaufschlag wie die italienischen Banditen: Gott segne unsern Raub!

Aus unserm Beruf.

Dresden. Die Aussperrung bei Cberle u. Treibmann dauert fort. Zugang nach hier ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Hühn. Vor Zugang nach hier wird gewarnt, da die Firma Auerwald den organisierten Arbeitern angekündigt hat, sie sollen aus dem Verein deutscher Schuhmacher austreten, oder sie werden entlassen. — Die Arbeiterblätter ersuchen wir um Abdruck dieser Notiz.

Dresden. Bei Angeboten von Arbeit resp. Verschreibungen nach hier bitten wir die Kollegen, sich erst beim Neuvollständigen zu erkundigen.

Hofen. Wegen einer Vohnbewegung ist der Zugang nach hier fernzuhalten.

Bermschischen. Bei der Firma Ferdinand und Passberg sind sämtliche organisierte Arbeiter in den Ausstand getreten und bitten wir den Zugang der Schuh- und Schäftarbeiter fernzuhalten.

Herr Ernst Auerwald in Hühnig hat ein Rundschreiben verfaßt, das auch im „Schuhmarkt“ Aufnahme gefunden, in dem er alles, was in unserm Blatte und in der „Gemeinnützigen Volksstimme“ über seine Fabrik veröffentlicht wurde, für „Lug und Trug“ erklärt und betont gibt, daß er gegen unsern Einsender den Klageweg beschritten hat, während er sich bezüglich der „Volksstimme“ mit der Aufnahme seiner Erwiderung zufrieden gab — uns selbst hat Herr Auerwald eine solche nicht gesandt, seinen Brief haben wir veröffentlicht. Ferner fordert Herr Auerwald alle recht denkenden Menschen auf, ihn andere Zeitungen, in welchen, über ihn und seine Betriebsverhältnisse in abfälliger Weise gesprochen wird, einzuliefern, damit er sich seiner Haut erwehren kann. Jedem Einsender einer solchen Zeitung verpflichtet er eine hohe Belohnung. Das erinnert beinahe schon an die lithographierten Strafanträge Bismarcks.

50 Arbeiter auf die Straße geworfen wurden in Straburg infolge der Zahlungseinstellung der Schuhfabrik-Firma Döhning u. Co., die seit dem 1. Oktober 1898 bestand. Die Arbeitslosen können nun sehen, ob und wo sie wieder eine neue Existenz finden können. Aber „herzlich“ ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung nach den Worten ihrer Anhänger doch.

Wegen der gemeinnützigen Gesundheitsbewegung haben unsere Naturgenossen eine sehr interessante Schuhmachervereinigung Stellung genommen und nach einem Aufruf des Herrn Willmann einmütig folgender Resolution zustimmend: „In Anbetracht dessen, daß die Hausindustrie mit ihrer unbegrenzten Arbeitszeit und den ungesunden Arbeitsräumen dazu angethan ist, die darin beschäftigten Arbeiter wirtschaftlich und geistig zu verelenden, bezieht die Versammlung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für deren Abhülfe einzutreten; die Versammlung beschließt ferner, zu diesem Zweck im Frühjahr 1903 den Versuch zu machen, mit den Arbeitgebern in friedliche Unterhandlungen einzutreten. Sollten diese zu keiner Einigung führen oder sollten solche Verhandlungen überhaupt nicht zustande kommen, so sind die Versammelten gewillt, im äußersten Falle die Befreiung der Hausarbeit durch eine Arbeitsüberlegung zu betreiben.“ Wir wünschen unsern Gamburgern im Kampfe gegen die Seimarbeit vollen Erfolg.

Die Schuhmacher und die Lohnkassier. Das Frauen- und Arnenamt in Frankfurt a. M. beschäftigt künstlich seinen Schuhbedarf nicht mehr, wie bisher, in Schuhgeschäften zu beden, sondern parweise den dortigen Schuhmachern zur Anfertigung zu übergeben. Diejenigen Schuhmacher, die ihr Geschäft in nur geringem Umlange betreiben und solche Bestellungen ausführen wollen, müssen sich in eine Kasse eintragen lassen, die bei der Bekleidungsverwaltung des Frauen- und Arnenamtes, ehemaliges Hotel Landberg, Ziegelgasse 22, Zimmer 41, geführt wird. Geschäftsstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags. Die Weiser erhalten dann nach der Reihenfolge der Anmeldung Bestellungen auf je 1 bis 2 Paar Schuhe. An der genannten Stelle werden den sich meldenden Kleinweibern die zu genärenden Preise mitgeteilt und auch Kleiner, nach denen die Schuhe zu machen sind, vorgezeigt. — Unsere Frankfurter Kollegen mögen der Sache einige Aufmerksamkeit widmen und wenn sie es für notwendig und zweckmäßig erachten, sich an die betreffende Behörde mit einer Eingabe unter Beilage des bestmöglichen Tarifs

wenden, damit von den Schuhmachern meistens die Zahlung der Tarifsöhne zur Bedingung gemacht wird.

„Sozialdemokraten“ und Zwangsinnung in Frankfurt a. M. Aus einer Einigung des Obermeisters Egger der Schuhmacher-Zwangsinnung in Frankfurt a. M. in der „Leipziger Schuhmacher-Zeitung“ ist zu ersehen, daß vorerst der Vorstand einschließend des Obermeisters Sozialdemokraten waren, als aber die Gesellen in eine Lohnbewegung traten und der sozialdemokratische Vorstand denselben in vernünftiger Weise entgegenkam, wurden die Zünfter rebellisch, wußte der Vorstand sein Amt niederlegte und „inwilliger“ Schiedsrichter seine Nachfolger wurden. Die früheren Vorstandsmitglieder versuchten jedoch, die Auflösung der Zwangsinnung herbeizuführen, was sie zwar auf den ersten Anlauf nicht erreichten — indes aufgehoben ist nicht aufgehoben. In einer darauf folgenden stürmischen Versammlung entzog der offenbar sehr gemäßigungs-beholdene neue Obermeister dem Allgemeinen das Wort und da sich derselbe diese Abhandlung nicht ruhig gefallen ließ, wurde er auch noch vom Saalbesitzer mit Säurewürstchen bedroht. — Wir finden, der neue Vorstand mit dem Obermeister Egger an der Spitze hätte alle Ursache gehabt, ob dieser Standeslos Vorgänge lieber zu schweigen, statt in dem Leipziger Blatt einen häßlichen Ton gegen den besten Teil der frankfurter Zwangsinnung anzuklingen. Die Herren sollten sich schämen ob ihres Werltandes gegen bestehende Verbesserungsversuche der Gesellen, deren Wünsche erfüllbar waren, wie das Entgegenkommen der sozialdemokratischen Schuhmacher beweist; was diesen möglich war, das konnten auch die andern, aber es sollte bei ihnen an dem guten Willen, an Bereitschaft ihrer Arbeiter und an der Lösung für deren Leistungen. In dem Berentsischen offenbar sich so recht der Bolksitz, der gewaltthätige und herrschtsüchtige „Arbeiterge“ gegenüber den Arbeitern. Alle Versammlungsteilnehmer hätte er dem Saalbesitzer, dem Verfallendes erklären müssen, er habe hier zu schweigen, denn sowas ist da einzig die Verammlung. — Der wüthliche Abdruck dieses Eggerischen „Wachworts“, ohne ein Wort der Kritik, in der „Gemeinnützigen Volksstimme“ ist wohl ein Stück Harmoniebewußt? **Schuhmacher und Militärbedarf.** Das Geschäft der Berliner Schuhmacher-Innung an den Kriegsminister Gohler um Berücksichtigung der stillen Geschäftszeit bei der Einziehung der Schuhmacher zum Militärbedarf (als fähiger Wehrmann) ist aus Gründen des Allgemeininteresses abgelehnt worden.

Die Schuhmacher in den Militärgefangnissen ist bis auf einen Betrieb aufgehoben worden, ebenso die Schneider. Alle anderweitigen Betriebe (Ablagerien, Schlossereien etc.) wurden vollständig eingestellt.

Der Journirennung und der „Schuhmarkt“.

Wir haben in Nr. 85 d. M. einen Artikel über Journirennung veröffentlicht, in dem ein in der Weihenstepfer Schuhfabrik von Albert & Benzel vorgekommener Fall mitgeteilt wird, in welchem eine Arbeiterin an der Knopffabrikationsmaschine 26,54 Ml. verdiente, aber 27 Ml. für Journirennen, die sie von den Fabrikanten bezog, zu bezahlen hatte, so daß sie noch 46 Wg. zum Draufzahlen müßigen mußte! In diese Thatsache, die ja himmelstreichend ist, wurden mit Recht einige Bemerkungen über den ganzen Journirennung — Journirennungswinkel, möchten wir hier sagen — angehängt.

Der Artikel hat nun in Frankfurt a. M. unter dem Titel „Schuhmarkt“ erscheinende Inseraten-Plantage, die mit den großen und köpfigen Inseraten der Schuhfabrikanten eine so ergiebige Goldkassette wie irgend eine Kaffee- oder Baumwoll-Plantage darstellt, auftragsgemäß entrollt und sie hat dieser ihrer Entrollung in einem „Agitatoren-Konkurrenz-Abgeschriebenen Beirath“ wohlthätig Komenden und immoderanten Ausdruck verliehen. Der „Schuhmarkt“ vertritt nicht den Vorzug eines Schuhfabrikanten ohne Bezahlung, er ist noch für jedes Inserat von denselben bezahlt worden und er möchte es darum nicht ohne Weiteres glauben, daß in einer Weihenstepfer Schuhfabrik eine arme Arbeiterin sich die ganze Wodensumme gelohnt hat, ja gemißmaßen eine Gehalt noch dazu bezahlen mußte, daß sie für die genannte Firma eine ganze Woche ohne Lohn arbeiten durfte und so wurde er sich in seiner eichten und gerechten Entrollung an die Firma selbst, um Auskunft über den Fall. Und nun — was antworteten die Herren Albert & Benzel? Hier ist im Wortlaut die vom „Schuhmarkt“ in seinem Entrollungsartikel veröffentlichte Antwort:

„Weihenstepfel a. S., den 8. Sept. 1902.
An die Redaktion des „Schuhmarkt“

Frankfurt a. M.
Antwortlich Ihres Oebriens vom gestrigen Tage ist es richtig, daß Herr Arbeiterin vom 16. bis 22. Aug. cr. Nr. 26,54 verdiente und für Mr. 27 Anspöhe und Befestiger verbrauchte.

Denor wir nun näher auf diese Angelegenheit eingehen, möchten wir Ihnen noch mitteilen, daß wir die betr. Arbeiterin erst seit dem 26. Juli cr. in Accord arbeiten ließen und Accord nur deshalb einführen, weil die Arbeiterin im Wochenlohn, wo sie Mr. 8 pro Woche erhielt, immer nachlässiger wurde. In der Zeit vom 26. Juli bis 1. Aug. cr. verdiente sie im Accord netto Mr. 8,63, vom 2. bis 8. Aug. cr. Mr. 12,22, vom 9. bis 16. Aug. cr. Mr. 9,37, in der nächsten Woche enthielt nun fragl. Differenz.

Wie es nun zugeht, daß die Arbeiterin in der Zeit vom 16. bis 22. Aug. cr. 12 Nollen Knopffestiger und 6 Maß Knöpfe mehr verbraucht, als die vorhergehende Woche, ist uns selbst unerkärllich.

Wir haben deshalb sofort eine eingehende Prüfung dieser Angelegenheit unternommen und festgestellt, daß in der Zeit vom 16. bis 22. Aug. cr. nicht mehr Knöpfe als in der Woche vom 9. bis 16. Aug. cr. eingebracht wurden! Daraufhin haben wir die Arbeiterin vorgezogen und gefragt, wie es kommt, daß sie diese Woche mehr Ausgabe verbraucht, dabei aber nicht mehr als die vorhergehende Woche, wo sie 12 Nollen Festiger und 6 Maß Knöpfe weniger verbraucht, an Knöpfen eingebracht habe. Auf diese Frage und nachdem wir ihr noch mal alles genau vorzugeschnen, konnte sie keine Antwort geben und ist auch ohne unsern Austrud nicht bedienbar.

Hierbei wollen wir aber nicht unbemerkt lassen, daß das Arbeitsbuch der Arbeiterin, worin die Ausgabe und der Lohn eingetragen wird, die ganze Woche in ihrem Besitze ist; beim Holen der Ausgabe hat sie dies Buch mitzubringen, wo sie solches aber, nachdem die Ausgabe eingetragen ist, in denselben Augenblicke auch wieder zurück erhält, so daß sie ganz genau über den Verbrauch ihrer Ausgabe orientiert ist.

Eine nähere Aufklärung über den Verbleib der mehr verbrauchten Ausgabe können wir Ihnen nicht geben, hoffen aber, daß die Rgl. Gewerbeinspektion, welche eine Untersuchung hierüber eingeleitet hat, den Verbleib schon zu Tage fördern wird.

Gleichzeitig teilen Ihnen noch mit, daß am 1. bis 8. Mts. ein Gewerbeinspektor betr. dieser Angelegenheit hier war; wir haben diesem Herrn unser Vohnbuch, Accordbücher etc. vorgelegt und mußte er nach genauer Prüfung der Löhne zugeben, daß ein Verdienst zustande kommen muß, nur ist es ihm ebenfalls unerkärllich, wo die mehrgehobte Ausgabe hingekommen sein soll.

Wir überlassen nun Vorbehaltens Ihren Urtheil und werden Ihnen, sobald wir von der Gewerbeinspektion näheres hierüber erfahren, dies mitteilen.

Hochachtungsvoll
Albert & Benzel.

Was befragt nun diese Antwort? Sie befragt nicht zunächst die Thatsache, daß die arme, bedauernswerte Stepperin eine ganze Woche umlohn arbeiten, ja noch 6 Wg. — in unserem Artikel sind irrtümlich 71 Wg. angegeben — drauf zahlen mußte. Wer etwa glaubt, der „Schuhmarkt“ wäre über diese von den Fabrikanten selbst bestätigte Thatsache entrüstet, irrlich gewaltig; er ist nur über unsere dazu gemachten Bemerkungen entrüstet und nur deswegen verzopft er einen ganzen Kibel voll Schmähungen, die den obliquen moralisch-heuchlerischen Zuthaten. Es charakterisiert die heuchlerische Moralität dieses Fabrikantenblattes, daß es bei seinem Versuch nach einer Erklärung der unanschönen Thatsache sofort zu einer Verächtlichgung der armen Arbeiterin greift, indem es schreibt:

„Ob die Arbeiterin diese nicht zu der Arbeit verbrauchten Journirennen a. d. r. w. e. i. t. g. verwendet, oder ob diese infestroke Juviel-Entnahme der Journirennen auf irgend eine andere Weise zurückzuführen ist, das muß die Unternehmung erörtern.“

Natürlich, was liegt an dem bedauernswerten Proletarier in einer Schuhfabrik, die darf man schon leichfertig in ihrer Ertre verlegen — Inseratenaufträge sind von ihr doch zu erwarten und auch keine Abmonenten, und darnach richtet sich bei manchen Menschen die moralische Wertung an. Ja, der „Schuhmarkt“ geht in seiner Unerschrockenheit noch weiter, er erklärt ganz unverdrossen, daß seine unerschrockene Benutzung von Journirennen seitens der Arbeiterin die Thatsache für das eigentliche in die — in der That sehr eigentümlich — Frage ist! Was würde der „Schuhmarkt“ sagen, wenn umgekehrt wir in unserem Artikel behauptet hätten oder jetzt behaupten würden, daß die Stepperin im Geschäft einfach betrogen worden ist, indem man ihr um so viel mehr Journirennen in ihr Buch einschrieb, als die Differenz ausmachte? Eine solche Behauptung stellen wir aber ohne genügenden Beweis nicht auf, dagegen liegt hier vielleicht doch der Schlüssel zur Lösung des Rätsels, kann nicht der Verfasser, der den Eintrag in das Buch der Stepperin gemacht hat, sich geirrt haben? Die Fabrikanten konstatieren in ihrer Erklärung, daß die Arbeiterin keine Auffassung zu geben vermochte, auch nicht verstand, eine solche durch Ausreden zu geben. Diese Feststellung spricht für die Ehrlichkeit der Stepperin, dafür, daß sie keine Journirennen auf die Seite geschafft oder anderweitig verwendet hat. Es unterlassen es denn auch die beiden Fabrikanten, die Arbeiterin auch nur mit einem Worte zu verächtigen — diese schmutzige Arbeit blieb dem moralischen und moralisierenden „Schuhmarkt“ überlassen. Und dann darf sich das Blatt noch erlauben, uns anzupöbeln, daß wir erst hätten das Ergebnis abwarten sollen, ehe wir „den Fall in ganz falschem Lichte darstellten und ein Agitatoren-Konkurrenz daraus schmiedeten“. Man ersieht daraus wieder einmal, daß es auch Jesuiten ohne Jesuiten gibt.

Was uns in der Erklärung der Fabrikanten noch besonders und sehr stark interessiert, ist ihre thatsächliche Angabe, daß die Stepperin erst einen Wochenlohn von sage und schreibe 4 Ml. 12 Wg. erhielt und dann im Accord 8,63 Ml., 12,22 Ml. und 9,37 Ml., durchschnittlich 10,24 Ml. per Woche bezog, 1,70 Ml. per Tag verdiente; der Wochenlohn von 8 Ml. ergab nur 1,33 Ml. per Tag. Das ist doch keine Entschädigung, kein Lohn für eine sechshündige tägliche Arbeitsleistung, für einen Arbeitstag, der zugleich auch ein Lebenstag ist, und es muß sich dem Denkenden mit Gewalt die Frage aufdrängen: Wie ist es einer Arbeiterin, einer ermahnten Person möglich, mit einem solchen Trübsal von Arbeitslohn auszukommen? Die Antwort darauf gibt das kümmerliche, magere und farblose Aussehen so vieler Arbeiter und Arbeiterinnen, die für geringen Lohn der Industrie ihr Herzblut und ihre ganze Lebensfreude opfern. Da der „Schuhmarkt“ sich, angesichts solcher, von Fabrikanten in seinen eigenen Reihen gemachten Vohngängen, noch von den hohen und höchsten Löhnen zu pflanzen, die in der deutschen Schuhindustrie geübt werden.

Man sollte wirklich meinen, daß nach solchen Vohngängen der Journirennung an seiner eigenen Erdarmlichkeit untergehen müßte und niemand es mehr wagen würde, ihn öffentlich in Schutz zu nehmen und zu verteidigen. Der Journirennung ist überreif zum Verscharren auf dem Schindanger und darum:

Fort mit dem Journirennung!

Jahresbericht der preussischen Regierungs- und Gewerbeämter für das Jahr 1901.

(Schluß.)

Arbeiterauschüsse sind in den Fabriken noch spärlich vertreten, und wo sie sind, ist ihre Aufgabe sehr eingeschränkt. Der Beamte von Danzig erklärt sich gegen obligatorische Einführung von Arbeiterauschüssen, während der Berliner sich sehr günstig über dieselben ausspricht und es für wesentlich hält, daß die Ausschüsse ganz unabhängig von den Betriebsleitern sein müssen. Im Bezirk Wertheim haben 10,8 Prozent der Betriebe Ausschüsse. Die Meinungen der Arbeitgeber gehen über den Wert derselben weit auseinander; dies hat seinen Grund darin, daß ihnen so wenig Zeugnisse und Selbständigkeiten seitens der Arbeitgeber entgegengebracht werden. Nicht mit Unrecht, erklärt der Gewerbeinspektor weiter, wird in manchen Fällen bei Vohnrückstellungen darüber geklagt, daß die Arbeitervertreter die Forderungen der Arbeiter am liebsten vertreten. So gut es zu heißen ist, den Inspektor die Meinung vertreten zu lassen, den Ausschüssen mehr Selbständigkeit zu gewähren, belio aufzufinden muß es sein, daß es uns möglich, wenn die Vertreter der Arbeiter deren Forderungen energisch vertreten. Mir sind der Meinung, die Ausschüsse sind eine Vertretung der Arbeiter und haben auch die Pflicht, die Interessen der Arbeiter dem Unternehmer gegenüber auf das entschiedenste zu vertreten.

In Solingen befindet sich ein Arbeiterauschuss mit dem Unternehmer als Vorsitzenden, während die übrigen Mitglieder aus Betriebsleitern und Arbeitern bestehen. Als eine Vertretung der Arbeiter kann ein derartig zusammengesetzter Ausschuss nicht angesehen werden. Ueber die Tätigkeit des Ausschusses der Maschinenfabrik zu Brier wird berichtet: Selbiger würde mit dem Erfolg über das Verhalten der jugendlichen Arbeiter. Im übrigen hat sich die Tätigkeit darauf beschränkt, die Abhaltung der Winterfeste und Sommerausfahrten die Leitung zu übernehmen. Für einen derartigen fabrikantischen Ausschuss wäre der passende Name Fabrik-Verwaltungskommission. Die Arbeiterauschüsse haben bis jetzt, wie aus den Berichten zu ersehen, keinen praktischen Wert, nur in den Betrieben, wo eine gut organisierte Arbeiterschaft ist, welche hinter dem Ausschuss steht, kann derselbe im Interesse der Arbeiter wirken.

Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und sozialen Zustände wird fast ohne Ausnahme berichtet, daß sich die Arbeits- und Vohnerhältnisse verschlechtert haben. Im Bezirk Frankfurt a. d. O. ist die Zahl der Arbeiterinnen in der Textilindustrie um ca. 1000 zurückgegangen, obwohl 154 000 Ueberflüsse gefaltet wurden, wovon sechs Achtel auf genannte Industrie entfallen. In Berlin-Schöneberg wird das Schaffensleben der untervertratenen Arbeiterinnen als wenig erfreulich geschildert; sie zahlen monatlich 3-6 Ml., wofür sie ein Bett zur Benutzung erhalten, welches sie häufig mit einer zweiten Person teilen müssen. Einen Platz zur Aufbewahrung der Sachen gibt es nicht, auch wird mehr der Aufenthalt in der Wohnung des Vermieters in den Tagesstunden nicht gestattet.

Der Breslauer Beamte berichtet: Der Wert der weiblichen Betriebsausführung wird hinsichtlich der stillen Einwirkung auf die Arbeiterinnen zugegeben. Der Betriebsleiter einer großen

Zigarettenfabrik glaubt die Abnahme der unehelichen Geburten auf die Frauenarbeit zurückführen zu müssen. In die Ansicht dieses Betriebsleiters richtig, so könnte es nur darauf zurückzuführen sein, daß die männliche Arbeit ihre Stellung verliert, wie es in der Vorkriegszeit bei Weibung sich gezeigt hat. Die Unterbringung der Arbeiter in Ziegeleien und Zuckerrübenfabriken weiß große Rücksicht auf. In drei Anlagen schließen die Arbeiter beiderlei Geschlechts in denselben Raum, in zwei Ziegeleien auf dem Fußboden, in drei in zweiflügeligen Getreidefabriken mit je vier mit getrennten Lagerstätten. Gegen den Schmutzgehalt ist von Seiten des Gewerkschaftsrates und des Arbeiterfiskus in Dresden eine lebhafteste Bewegung eingeleitet worden. Ueber Unterkunftsfragen in Handwebbetrieben wird von Oppeln berichtet: Beantwortet wurden 69, davon sind folgende Fälle bemerkenswert: Bei einem Schmiechmeister mußten sieben Lehrlinge in einem schlecht zu lüftenden Raum von 80 Kubikmeter Inhalt schlafen. Bei einem anderen stand vier Lehrlinge ein Schlafraum von 20 Kubikmeter zur Verfügung. Vier Arbeiter eines Tischlermeisters war ein 2 Meter hoher, 1,8 Meter unter dem Vordach liegender Keller angewiesen. Der Raum war zu eng, daß je zwei Seiten über einander stehen mußten. Für Weibchen und Lehrlinge einer Bäckerei war ein gänzlich fensterloser, mit Weibsvorräten zum Teil gefüllter Schlafraum eingerichtet. Wohl schlechter, feuchter und mit ungeheurer erfüllt, war in einer anderen Bäckerei der Keller Schlafraum, den der Aufsichtsbeamte nach inswischen erfolgter polizeilicher Schließung gegen Ende des Jahres doch wieder in Gebrauch fand. Im Bezirk Hannover wurde bei einer Torfabrik ein Schlafraum entdeckt, den verschiedene Ehepaare gemeinsam bewohnten. Diese von den Aufsichtsbeamten gerügten Missethäter, welche sich in den meisten Betrieben befinden, beweisen, wie notwendig es ist, daß gerade den Kleinbetrieben, welche am meisten von den Revisionen verschont werden, mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird.

Von 90 in zwei Herabsetzen der Arbeitslöhne bis zu 50 Prozent berichtet.

Ueber Mangel an guten und billigen Arbeiterwohnungen wird heftigste Klage geführt: die anerkannten Leistungen der Bauvereinigungen (sowie das Bestreben einiger Stadtverwaltungen, gute und im Preis angemessene Arbeiterwohnungen zu schaffen, sind bei weitem nicht ausreichend).

Ueber die Lage auf dem Arbeitsmarkt berichten folgende Städte:

	offene Stellen	Arbeits-suchende
Danzig	1888	2879
Königsberg	1011	2825
Magdeburg	9296	15454
Metallindustriellen	?	18928
Gewerkschaftsmitgl.	558	2808
Düsseldorf	2118	4807
Wiesbaden	8029	8508
München	878	7851
Frankfurt a. M.	1690	8893
Bonn	27204	46248
Bonn	26491	83004
Bonn	2228	5674

Die Verfuße, Arbeitslose aus Städten in der Landwirtschaft und bei Feldarbeiten zu beschäftigen, hatten einen ungünstigen Erfolg.

Die Wohlfahrtsvereine nehmen einen ziemlich breiten Raum in den Berichten ein. So wird berichtet von zahlreichen Epitaphen, welche von Betrieben eingerichtet sind: die Verzinzung geschieht mit 4-5 Prozent. Die Errichtung von Logierhäusern für Arbeiter wird von einigen Stellen berichtet, auch wird gleichzeitig darüber gesagt, daß die Arbeiter nur ungenügend diesen Einrichtungen Gebrauch machen. Das Radelwert-Derby besitzt eine Erholungsstätte, wo den Teilnehmern außer vollem Kranzengel täglich 1-2 Liter Milch verabreicht werden. Außerdem besitzt derselbe Betrieb eine Unterhaltungsstätte, aus welcher der Arbeiter ein Zuschuß zum Kranzengel gewährt wird. In Frankfurt besitzt ein Verein, welcher den Zweck verfolgt, arme Kinder im Alter von 8-14 Jahren mit lohnender Arbeit zu versorgen, um dieselben von Betteln abzuführen. Die Arbeitszeit beträgt täglich 3-4 Stunden, mit Unterbrechung einer Pause von 15 Minuten, wo jedes Kind eine trockene Schokolade erhält. Sie erhalten zwei Drittel des Lohnes, werden monatlich zwischen 1-4 Mk. schwant. Außerdem Bekleidung ein Paar Strümpfe und Stoff zu einem Anzug. Von einer Wohltätig kann hierbei nicht gesprochen werden, es ist im Gegenteil anzunehmen, daß dieser wohltätige Verein bei dieser Entlohnung noch ein Geschäft macht. Ganz anders nimmt sich diesem Verein gegenüber die Leitung der Brauerei Schultze in Berlin aus, von dieser werden alljährlich eine Anzahl Kinder auf vier Wochen in ein Seebad geschickt. Als besonders bemerkenswert kann die Kleinrentenbewirtschaftung der Leinenfabrik Krauß-Söhne in Vollenstein gelten. In dieser werden auch Säuglinge aufgenommen, welche mit Soxhletapparaten ausgezogen werden. Die Kosten betragen bis zu 1 Jahre pro Woche 2,50 Mk., von 1-8 Jahren 1,50 Mk., über 8 Jahre 1 Mk. Die Kinder bis zu einem Jahr bleiben Tag und Nacht in der Anstalt, während die von über einem Jahr abends abgeholt werden, wenn es die Gesundheit zuläßt. Die Kinder gedeihen vorzüglich.

Unwillkürlich muß man bei dieser Angelegenheit daran denken, wie schnell die Nidertischen Wälder aus dem Zutunftsstaat in die Praxis umgesetzt worden sind und das beste Lob eines Gegenwarts-Staatsbeamten erhalten. Der sollte eine jede Einrichtung nicht der Humanität entzogen sein, sondern dem Schaffman, die Mütter von der Aufgabe der Erziehung der Kinder frei zu machen, um ihre Arbeitskraft dem Dienste des Kapitals zu erhalten?

Die Glasblüte Corbeila besitzt eine eigene Schule, wo auch der Lehrer von Betriebe besoldet wird; der Unterricht ist unentgeltlich. Neben diesen genannten Einrichtungen werden noch Familienkassen in Betracht gezogen, welche ärztliche Behandlung und Lieferung der Arznei, Wöchnerinnenpflege, Unterstützung bei militärischen Leistungen zc. aufgeführt.

Obwohl diese Einrichtungen zum Teil gut gemeint sein mögen, haben sie doch das Verwerfliche an sich, die Bewegungsfreiheit der Arbeiter zu behindern. Schon das völlige Fehlen irgend eines Einflusses auf diese Einrichtungen seitens der Arbeiter läßt sie diese nur als Druck empfinden. Für die Gewerkschaftsvorstände wäre es zu empfehlen, Untersuchungen anzustellen, in wie weit diese Wohlfahrts-Einrichtungen einen Einfluß auf die Arbeiter, den Gewerkschaftsorganisationen nicht bezugnehmend, ausüben.

Neben einer ganzen Anzahl Anwendungen an Unterstützungs-kassen sei einige Bibliotheken Erwähnung getan. Die Bibliothek der Firma Krupp besitzt aus 20 225 Bänden, ausgeliehen wurden 141 000 Bände. Im Bezirk Oppeln befinden 88 öffentliche Volksbibliotheken mit 22 800 Bänden und 845 000 Ausleihungen. Volkswirtschaftlichen Vortragszwecken und Unterhaltungsabenden wurde seitens der Arbeiter reges Interesse entgegengebracht. Dekorationen der Arbeiter mit Orden und Ehrenzeichen haben in großem Maßstabe stattgefunden.

So umfangreich die Berichte sind und teilweise die Beamten sich bemühen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, so uninteressant es doch keinem Zweifel, daß ohne Mitwirkung der Arbeiter die Gewerkschaften ihre Aufgabe niemals erfüllen können. Fabrik-kontrollen, welche von den Gewerkschaften zu wählen sind, würden die wirksamste Unterstützung der Aufsichtsbeamten sein.

Aus dem Rechenschaftsbericht des amerikanischen Schuhmacherverbandes.

Die amerikanische Schuhmachergewerkschaft (Shoe and Shoe Workers Union) hielt vor wenigen Tagen ihre Generalversammlung (Convention) in Detroit ab. Es war das die fünfte Generalversammlung seit der Verschmelzung der drei bis dahin bestehenden Landesorganisationen im April 1895. Die letzte Nummer des Organs der Gewerkschaft enthält einen ausführlichen Bericht des Vorstandes an die Generalversammlung, aus dem wir im Nachstehenden einen kurzen Auszug bringen.

Der Bericht beschäftigt sich zunächst mit der Beitragshöhe; dieselbe beträgt zur Zeit 25 Cents, das ist 1 Mt. pro Woche; früher wurden nur 40 Pf. bezahlt. Zuerst habe man der Erhöhung großen Widerstand entgegen gesetzt, jetzt seien es nur noch einzelne, welche sich über die Höhe der Beiträge beschwerten. Wenn man die Leistungen der Gewerkschaft zur Zeit der geringen Beiträge mit den heutigen vergleiche, müsse man auch zu dem Schluss kommen, daß die Beiträge, die jedes einzelne Mitglied vom Verband habe, heute ganz wesentlich größer seien.

Einen breiten Raum nimmt im Bericht die Kontrollmarke ein. Der Vorstand hat die Kontrollmarke vielfach an Firmen abgegeben, auch wenn diese nicht die Gewerkschaftslehre nicht, wenn sie nur Garantien bot, nur Gewerkschaftsleute zu beschäftigen. Die Generalversammlung, so heißt es im Bericht, werde zu entscheiden haben, ob diese Taktik weiter verfolgt werden solle. Der Zweck dieser Taktik ist, der möglichst viel Betriebe zur Verfügung zu haben, wo Gewerkschaftsleute beschäftigt werden, um auf diese Weise mehr und mehr Verursachern zu derselben heranzuziehen. Seit erst die größte Verfabrik aller Verursachern organisiert, dann jetz auch letzter möglich Forderungen durchzuführen.

Die Konflikte hätten sich gegen früher wesentlich vermindert, indem man sich bei den Verhandlungen mit den Unternehmern darauf beschränkt habe, nur die Beschäftigung von Gewerkschaftsleuten zu verlangen, im übrigen habe man den Firmen das Recht gelassen, Entlassungen nach eigenen Gutdünken vorzunehmen, immer unter der Voraussetzung, daß weder Gewerkschaftsmitglieder an die Stelle der Entlassenen treten.

Die „Union factories“ (Fabriken, welche mit der Kontrollmarke der Gewerkschaft arbeiten) seien viel mehr beschäftigt gewesen, als andere Fabriken. In jedem Jahre dauere in diesen die Beschäftigung einige Wochen länger. Dadurch würden viele Kollegen veranlaßt, in die Organisation einzutreten. Durch alles dies würde die Kontrollmarke, auch wenn man dabei der Lohnfrage nur eine sekundäre Bedeutung beimesse, indirekt doch dahin, daß durch ihre Anwendung und Verbreitung die Organisation an Mitgliedern zunehme.

Die Zahl und der Umfang der Streiks, die in den letzten drei Jahren seit der 1899er Generalversammlung von 0,8 Prozent stattgefunden haben, ist nur eine sehr geringe. Nur drei von den Ausländern wurden dem Vorstand gemeldet, weil nur bei diesen eine Unterstützung seitens der Hauptkasse beantragt wurde; es wurden im ganzen 7875 Mt. verausgabt. Trotz dieser geringen Streikbewegung habe sich ein Steigen der Löhne bemerkbar gemacht. Das sei neben der Kontrollmarke vor allem auch der Einführung des Schiedsgerichtsverfahrens im Gewerbe zu danken. Der Präsident führt, daß auch in den nächsten drei Jahren eine ruhige Periode folge und daß auch in dieser Zeit eine weitere Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen sein werde.

Der Kassenbericht umfaßt die Periode vom 1. Juni 1899 bis 31. Mai 1902; die Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 727 978,72 Mt. Davon wurden dem Streifonds überwiesen 241 260,76 Mt., der Kranken- und Sterbefälle 241 284,68 Mt., dem allgemeinen Ausgabefonds 245 438,28 Mt. Von den allgemeinen Ausgaben entfällt der Löwenanteil, nämlich 169 808 Mt. auf Inzerate und Druckkosten, die meistens der Agitation für die Kontrollmarke dienen. Seitens des Hauptverbandes wird der Bund geschickt, die Generalversammlung, welche im nächsten Jahre für diese Zwecke noch mehr auszugeben. Für Kranken- und Sterbenunterstützung wurden insgesamt verausgabt 75 543,12 Mt. Die Ausgaben für das Verbandsorgan (monatliches Journal) belaufen sich in den letzten 12 Monaten auf 85 654,96 Mt.

Von den Beschäftigten, die auf der mittleren Klasse stehenden Generalversammlung gefahrt worden sind, möge folgendes hervorgehoben sein: Die Generalversammlung sprach sich für das Einigungs- und Schiedsgerichtsverfahren aus. In einer Resolution werden die Mitglieder dazu verpflichtet, in allen Fällen, wo es ihnen möglich ist, Waren, die mit der Kontrollmarke versehen sind, einzukaufen, diesen stets den Vorzug zu geben. Der Streifonds soll in Zukunft die Höhe von 240 000 Mt. betragen; an Unterstützung erhält ein Mitglied im Falle eines Streiks 16 Mt. pro Woche. Den streikenden Bergleuten von Pennsylvania wurden 4000 Mt. bewilligt. Ferner beschloß die Generalversammlung in allen Staaten die gesetzliche Einführung des Achtstundentages zu fordern. Der Vorstand wird ermächtigt, eine Frau anzustellen, welche unter den Frauen Propaganda für die Kontrollmarke machen soll. Der Gehalt für den ersten Vorliegenden wird auf 8000 Mt. pro Jahr festgesetzt; der zweite Vorliegende und der Hauptkassierer erhalten pro Jahr je 7200 Mt.

Mitteilungen.

Dresden. Zur Aussperrung der Firma Oberle & Treibmann teilen wir mit, daß die Firma noch auf dem bisherigen Standpunkt steht. Im Laufe der vorigen Woche haben vier der Aussperrten die Arbeit wieder aufgenommen. Nun verlangt die Firma, daß sämtliche Leute, welche eingestellt werden, zuvor die Erklärung abgeben, den Verein deutscher Schuhmacher zu meiden. Ein Kollege, welcher die Arbeit wieder aufgenommen hatte, erklärte Herrn Oberle, den Verband nicht zu meiden, worauf er die Arbeit wieder einstellen mußte. Mit ihm verließ noch ein anderer Kollege, welcher von Anfang der Aussperrung weiter gearbeitet hatte, die Fabrik mit der Erklärung, unter den gegenwärtigen Umständen nicht weiter arbeiten zu können. Wie kommt die Firma dazu, die Arbeiter zwingen zu wollen, ihrer Organisation fern zu bleiben, wo doch bis die einzige Basis ist, die der Arbeiter besitzt, um gegen die brutale Bergewaltigung durch die Unternehmern Front zu machen. Nun möchten wir fragen, wie stellt sich der Fabrikantenverband zu diesen ungesetzlichen Vorgehen der Firma Oberle & Treibmann gegenüber? Kann diese Firma auf Grund des Verbandsstatus noch länger ihrem Verbandsangehörigen? U. a. m. Wir ersehen die Kollegen allerorts, die Aussperrten moralisch und finanziell zu unterstützen und den Bezug bis auf weiteres fern-zulassen.

Düsseldorf. Hier tagte kürzlich eine öffentliche Versammlung aller in der Schuh- und Schäftefabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche leider sehr spärlich besetzt war. Es referierte Kollege Voss-Wolke über: „Was müssen die Arbeiter thun, um an den Ertragsausfällen der Kultur teilzunehmen?“ Neben erläuterte eingehend unsere anarchische, moderne Wirtschaftssysteme und das traurige Los der großen Massen, kam dann auf die Schuhmacher zu sprechen und besprach die Notwendigkeit einer starken Organisation der Arbeiter. So nur könnten alle an den Ertragsausfällen der Kultur teilnehmen. Seinen interessanten Vortrag ergänzte er durch Beispiele aus andern Betrieben, die schon großes durch die Organisation errungen hätten. Die Schuhmacher haben sich sehr schlecht. In den mediantischen Betrieben ist der Lohn fortwährend gedrückt worden, so daß jetzt der Durchschnittslohn 15 bis 16 Mt. betrage. Die Streiks der Schuhmacher im letzten Jahre sind zu Dreiertheil Arbeitsstreiks

und dennoch sind die Kollegen hier in Düsseldorf sehr interessiert, so daß sie im Grunde nicht zu bedauern sind, wenn sie noch mehr gedrückt würden. Die englischen Kollegen haben bessere Arbeitsverhältnisse, einen Minimallohn von 30 Mt. bei neunstündiger Arbeitszeit. Das kommt daher, weil von 89 000 englischen Schuhmachern 80 000 organisiert sind. Neben weist dann darauf hin, daß die Christlichen und Nicht-Christlichen nur die Bewegung gesplittert und die Führer der ersten den Arbeitern noch das Wort verlieren lassen. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, sich der freien Gewerkschaft, dem Verein deutscher Schuhmacher, anzuschließen, die allein für die wahren Interessen der Arbeiter eintritt. Die Kapitalisten fragen nicht danach, ob katholisch, evangelisch oder freimäurer ist, wenn sie die Arbeiter brüden wollen; ebenso müssen wir ganz vorurteilslos sein, gleichgültig welcher Konfession, gemeinsam gegen die Ausbeutung Front machen, um zu erreichen, was uns gebührt. — Der Referent erntete lebhaften Beifall. In der Diskussion erklärten sich die christlichen Kollegen Götter und Westphal mit dem Referenten einverstanden, leider werde von manchen Gewerkschaften, wie z. B. von den Dachdeckern, gegen die Religion verfahren. Dann sprach noch Kollege Heinrich Friede im Sinne des Referenten. Hiernach erhielt Kollege Voss das Schlußwort. Den Christlichen erwiderte er, daß auch die katholischen Blätter die freien Gewerkschaften oft in ganz geschäftiger Weise angegriffen und daß die Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften mitgliedert werden. Neben weist auf den Schuhmacherverein in Birmingham hin, wo die Christlichen als Streikbrecher fungiert hätten. Sie werden von Zentrumsmännern geführt, welche in der Sozialreformkommission sogar die Zünfter noch überboten. Neben ermahnt nochmals die Kollegen, dem Verein deutscher Schuhmacher beizutreten und dafür zu agitieren, daß alle Schuhmacher nur in dieser Organisation sich zusammenschließen. — An die Kollegen Düsseldorf's richtete er die Bitte, den bisherigen Schiedsrichtern abzugeben, sich endlich wieder einmal aufzuraffen, um für ihre Interessen einzutreten. Ergrüßte es ein jeder für seine Pflicht, regelmäßig zu erscheinen, daß auch wir endlich Fortschritte machen.

Geselschaft. Zu der vordischen Fitzhughwarenfabrik waren unsere Kollegen gerufen, wegen Vornahme von 5 Pf. pro Lugen bei den Einleitern die Arbeit niederkulegen. Die seitens der Brandenburger Kommission und dem hiesigen Gewerkschaftsrat unternommenen Einigungsversuche sind bisher an dem Gesinnung der Herren Fabrikanten gescheitert. Der der Lohnabzug ein durchaus ungeschickter ist, geht wohl schon daraus hervor, daß in der Fabrik schon niedrigere Löhne bezahlt werden als in der an hiesigen Ort bestmöglichen Fabrik von Wagner. Gegenüber den Rechnern äußern sich die Preise um 20 bis 30 Pf. niedriger. Die Einkäufer verdienen denn auch bei einer schweren sechsstündigen Arbeitsleistung einen Durchschnittslohn von 13 bis 15 Mt. in der Woche. Die Situation ist für die Ausführenden nicht ungünstig, da wir unmittelbar vor der Hofaktion stehen. Außerdem hat sich auch der Meister mit uns solidarisch erklärt, so daß sich in der Fabrik niemand befindet, der die Arbeitswilligen anlernen könnte. Leider haben sich schon einige Streikbrecher eingeschoben, darunter auch zwei, die dem hiesigen Ortsverein des Kampfer- und Metallarbeiterverbandes Fitzhugh-Unterstützung angehören. Der eine von diesen hat früher schon einige Jahre bei Wagner als Meister und Durchführer fungiert, ist jahrelanges Vorstandsmitglied der Gewerksvereiner und seitens ein eifriger Agitator für dieselben gewesen. Der von seiner Seite bei dem Generalrat der Organisation eingelegte Protest gegen dieses Verfahren seiner Mitglieder veranlaßte denselben, am Sonntag, den 7. September eine Versammlung einzuberufen, um zu der Frage des Streikbruchs Stellung zu nehmen. An dieser Versammlung beteiligten sich Vertreter des Gewerkschaftsrates, von der Brandenburger Kommission die Kollegen Hildebrandt und Hermann und ein Teil der Ausführenden. Nach langer eingehender Debatte erklärte der Vertreter des Generalrats, daß Streikbrüche vorliege und die beiden Mitglieder die Arbeit niederkulegen hätten, widrigenfalls sie aus der Organisation ausgeschlossen würden. Es wird nun darauf ankommen, ob die Weiden dieser Aufforderung Folge leisten. Die weitere Aufrechterhaltung des Streiks ist im hohen Grade von dem Verhalten dieser Arbeitswilligen abhängig. Die Ausführenden ertrugen sich der Sympathie der Geselschaft der Arbeiterarbeit.

Düsseldorf. In der Versammlung am 25. August referierte Genosse Schröder über „Zweck und Nutzen der modernen Arbeiterbewegung“ in vorzüglicher Weise, so daß ihm am Schluß seiner Ausführungen von der sehr gut besetzten Versammlung reicher Beifall spendete wurde. Ueber die Zustände in unserem Gewerbe, speziell auch in der Fabrik von Philippohn u. Prendental, führte Schumann aus, daß seit der 99er Arbeiterbewegung sich wieder viele Missethäter eingeschleust hätten. Nicht nur, daß ein großer Teil der Arbeitgeber den Lohn nicht bezahlt, hat es ein anderer Teil verstanden, die Arbeiter dadurch auszubeuten, daß sie sie zwingt, bei ihm in Kost und Logis zu sein. Seiten in den vorhergehenden Versammlungen schon verschiedene Fälle angeführt worden, so sei ihm erst heute wieder ein besonders trauriger Fall zu Ohren gekommen. In seiner nächsten Nachbarstadt (Wankstraße) beschäftigte der Schuhmacher Geisler drei Arbeiter. Dies war ihm nur dadurch möglich, daß er für mehrere Ladengeschäfte die Reparatur machte. Die Arbeiter, die er nicht nur in Kost und Logis wohnen auch mit noch zwei Einliegern in einem Raum, der der Gesundheitsbehörde zur Untersuchung sehr zu empfehlen sei. Er forderte die Anwesenden auf, wenn irgend möglich, mit den betreffenden Arbeitern in Fühlung zu treten und sie über das Traurige ihrer Lage aufzuklären. Betreffs der Missethäter der Fabrik von Philippohn u. Prendental führte Neben aus, daß die in Frage kommenden Arbeiter (Zwickler) sehr durch die in der Fabrik gehandhabte Arbeitseinteilung resp. Ausgabe geschädigt würden. Hat ein Arbeiter sein Pensum fertiggestellt und abgeliefert, so erhält er ein neues Pensum zuerteilt, gewöhnlich ein Duzend Schäfte. Diese muß er nun nach Seite und Größe der Länge sortieren und, wenn dies geschehen (was schon eine geraume Zeit in Anspruch nimmt), auf die Suche nach passenden Leisten gehen. Da nun absolut nicht genügend Leisten vorhanden, die vorhanden aber in vielen Fällen noch in Arbeit sind, muß er die eben erhaltenen und sortierten Schäfte mit dem Bemerten wieder abgeben, daß keine passenden Leisten vorhanden wären, um dann eventuell nach abermalmigen Warten einen anderen Arbeitsettel zu erhalten, wozu aber die Schäfte erst angefertigt werden sollen. Kommt nun vielleicht eine viertel oder halbe Stunde später ein anderer Arbeiter nach Arbeit, so beginnt das Spiel von neuem. Durch diese Methode haben die Betroffenen einen Zeitverlust von sechs bis acht Stunden wöchentlich, was für sie einen Lohnausfall von 2 bis 2,50 Mt. ausmacht. Auf mehrere Bedenken der Kommission beim Schiedsrichter wurde diese an dem Sachhalter und Schiedsrichter verwiesen, aber eine Besetzung ist nicht eingetreten, eher könnte man das Gegenteil behaupten. Da nun in letzter Zeit mehrfach noch neue Arbeiter eingestellt wurden, wird diese Kalamität immer größer. Diesem Uebelstande wäre es einfach abzuhelfen — ohne daß dem Fabrikanten irgend welche Kosten daraus entstünden — dadurch, daß bei Ausgabe der Arbeit halb Fabrik und halb Handarbeit gegeben würde. Warum dies nicht geschieht, wissen die Götter. Ein anderer Missethäter ist die Anfertigung von „Hafarbeit“, wie es drastisch genannt wird. Es sind dies von Ladengeschäften nach Maß bestellte einzelne Paare. Wer solche Arbeit erhält, muß alle andere Arbeit liegen lassen und diese zuerst anfertigen. Gemüthlich werden hier vier Paare in Arbeit gegeben. Da nun jedes Paar eine andere Façon erhält und verschiedene angefertigt werden muß, ist es selbstverständlich, daß die betreffenden Arbeiter weniger an dieser Arbeit verdienen. Die Firma aber zahlt hierfür keinen Pfennig mehr, obwohl sie selbst mehr dafür erhält. Nachdem noch Worte in eingehender Weise zur Sache gesprochen, wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des Vereins der Schuh-

macher, Zahlstelle Hamburg, verzurteilt nach Kenntnisnahme auf das Geschäftsbüro die Mithände, über welche die Arbeiter bei Klüßelböhm und Freudenthal zu klagen haben und verzurteilt dieselben ihrer wärmsten Teilnahme, ist auch eventuell bereit, einem daraus entstehenden Kampf ihre volle Unterstützung zu leisten."

Wohnzweck. Wir wollen kurz auf die in den kleineren Schuhfabriken herrschenden Mißstände eingehen und dieselben etwas näher beleuchten. Die Inhaber dieser Fabriken benutzen den schlechten Geschäftsgang und die Unleistung der Kollegen und Kolleginnen, um den ohnehin schon geringen Verdienst noch mehr zu kürzen und unfreiwillige Freierlassungen einzuführen, um so den Druck der Arznie auf die Arbeiter abzumildern. In der Schuhfabrik „Magananz“, Inhaber: Gahn und Leubersdorf, sind die Arbeiter ganz der Willkür des Werkmeisters Hinz preisgegeben, der verurteilt wenig von der Leistung einer Fabrik und der Arbeitseinteilung zu verstehen scheint. Es werden dort viel mehr Leute beschäftigt, als in Wirklichkeit gebraucht werden und da ist es kein Wunder, wenn die Kollegen einen Durchschnittslohn von 12 bis 15 Mk. nicht erreichen können. Da in der Fabrik keine Säuberungspflicht besteht, ist Herr S. in der Lage, die mißliebigen Arbeiter zu jeder Zeit entlassen zu können, wozu er auch ausgiebigen Gebrauch macht, ohne daß dieselben in der Lage sind, sich bei den Herren Chefs rechtfertigen zu können. Wie weit die Kenntnis des Herrn S. reicht, geht aus einer Äußerung desselben hervor, daß er lieber mit ungelerten Arbeitern und Handlangern arbeiten wolle als mit uns. Die hier beschäftigten Kollegen sind alle tüchtige und geschulte Kräfte, die nicht gewillt sind, sich bei guter Arbeitsleistung wie dumme Jungen behandeln zu lassen, und sind gekommen diese Mißstände zu beheben, weshalb die auswärtigen Kollegen erkläre werden, diese Fabrik zu meiden, bis ein Lohnstraf mit der Fabrik zustande gekommen ist. Auch in der Schuhfabrik von Holmann u. Mayer sind arge Mißstände vorhanden, denn ein gründliches Reinigen der Arbeitsräume, Zünden der Wände oder Büden der Fenster kennt man dort nicht. Auch wird von den Fabrikanten die saure Geschäftigkeit dazu benutzt, um den Arbeitern den Lohn zu kürzen und erklärt, wenn ihr die Arbeit für den Preis nicht machen könnt, so könnt ihr später gehen, dann laßt ihr die Arbeit in der Strafmacht machen. Die Arbeitgeber gehen so weit, daß wenn an einem Stück Arbeit das Geringste auszufallen ist, der Arbeiter das selbe behalten muß und wird ihm ein Preis dafür angesetzt, der den Lebensbedarf noch übersteigt. Auch die Mißstände in der Mithändchen Schuhfabrik sind erwähnenswert. Doch da die Kollegen gut organisiert sind, werden dieselben verjagt, die Mißstände zu beheben und bitten viele der auswärtigen Kollegen, auch diese Fabrik zu meiden, bis die Mißstände beseitigt sind. Bei der Firma Gehr. Böhm sind die Verhältnisse noch schlimmer, aber auch hier haben die Kollegen über Arbeitsmangel zu klagen. Die Kollegen in den anderen Fabriken halten sich von der Organisation fern und ist ein einheitliches Vorgehen dort nicht zu erreichen. Auch alle diese Mißstände einreichen konnten, daran tragen doch viel die Kollegen selbst die Schuld, würden dieselben die Veranlassungen beachten und sich in denselben beraten, so würden viele der Mißstände bereits beseitigt sein. Wir richten an die Kollegen das dringende Ersuchen, für den Verein deutscher Schuhmacher nach Kräften zu agitieren, damit endlich auch einmal die Ködler Schuhmacher in die Lage kommen, ihre Lebenslage verbessern zu können.

Neustadt O.-Schl. Traurige Zustände veranlassen uns, die hiesigen Schuhmacherverhältnisse, namentlich in den Fabriken, den Kollegen vor Augen zu führen. Trotzdem der Geschäftsgang ein leblicher ist, rufen sich die Schuhfabrikanten gemeinsam, den Arbeiterbestrebungen gegenüber zu treten. Nun müssen die Arbeiter es ganz genau, was sie von dem arbeiterfreundlichen Gehalt ihrer Fabrikanten zu halten haben. Am 1. August fand eine Versammlung des Fabrikantenringes statt, bei der einige Kollegen persönlich durch die offen stehenden Fenster des Versammlungsortes gehört haben, wie die Herren Fabrikanten beschlossen, in der kommenden Zeit die Arbeiter mit einem reduzierten Lohnsatz zu beglücken, so daß es unmöglich sein wird, dabei zu existieren. Mit Ausnahme einiger Betriebe. Der Schuhfabrikant Herr Bösel legte einen Lohnsatz vor, bei dem er meinte, der Arbeiter könne ganz gut mit 9 bis 10 Mk. auskommen, mehr brauche er nicht. (Wenn das nur wenigstens seine Arbeiter durchweg fällen, so trägt aber der Durchschnittslohn für Dreiviertel seiner Arbeiter 7 bis 9 Mk.) Mit diesem Lohnsatz erklärten sich die anderen Fabrikanten nicht einverstanden, denn der Arbeiter müsse 18 Mk. Reimig erwidern dem Herrn Bösel, der Arbeiter nicht so ausbeuten, weil die Böse haben, man dürfe die Jugend nicht so ausbeuten, weil sie doch ihre Kräfte bis ins Alter brauchen. Mit letztem erklärte sich der Herr Bösel nicht einverstanden, wenn der Arbeiter nicht mehr arbeiten kann, muß er entlassen werden. (Natürlich, es gibt ja junge Kräfte genug.) Mit der Ansicht des Herrn Bösel sympathisieren nicht alle Fabrikanten. Herr Bösel erklärte: „Wir werden leben, wenn das Jahr um ist, vor mehr 2000 Mk. in der Tasche hat, ich oder Sie.“ Kollegen, wie wir erfahren, haben die Fabrikanten sich dahin geeinigt, sich gegenseitig unterstützen zu wollen, wenn die Arbeiter die Hungerlöhne nicht annehmen. Es wird den Kollegen unter diesen Verhältnissen nichts anderes übrig bleiben, als der Stadt den Rücken zu kehren. Kollegen, dies alles müssen wir uns gefallen lassen, weil ihr nicht wissen wollt, wo ihr hingehört. Wird es nicht in unserm Interesse sein besser werden? Als der Schnittfräiser bei dem Fabrikanten Max Reimig wegen einer Lohnreduktion vorstellig wurde, erhielt er von dem Herrn zur Antwort: „Der Arbeiter könne sich noch bayrisch Bier

kaufen, während er als Fabrikant sich nur trockenes Brot, Fettig und Baiser leisten könne.“ (Das bringen diese gebildeten Schuhfabrikanten fertig, daß sie zu dem Erb der Arbeiter auch noch Spott und Hohn fügen. Ein solcher Esel ist Herr N. höher nicht, um seine Fabrikantenlaufbahn mit trockenem Brot und Fettig mit der des bayrischen Bier trinkenden Arbeiters zu vertauschen. D. A.) Der Arbeiter stelle darauf die Frage an Herrn N., was denn aus seiner franten Frau und den Kindern werden solle. Um eine Antwort nicht zu verlegen, höhnte der Fabrikant: „Ich bin auch krank, ich möchte auch ins Bad, aber mit lang es nicht.“ Soll das immer so bleiben Kollegen? Wollt ihr ruhig zusehen, daß eure Familien trotz angestrengter Arbeit die bitterste Not leiden? Wagt doch alle Schuld an euch selbst, an eurem Fanatismus und an eurer Gleichgültigkeit. Kollegen kommt endlich zur Einsicht und vereinigt euch in dem Verein deutscher Schuhmacher, denn nur so können wir uns gegen das Unrecht wehren und uns eine bessere Lebenslage schaffen.

Pirmasens. Die Ausbeutung der Stepperinnen und die Lohnabzüge in der Schuhfabrik von Fritz Heintz war die Tagesordnung, mit welcher sich eine öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung am Montag, den 1. September beschäftigte und welche sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen hatte. Kollege Feldmüller als Referent führte aus, daß von allen Arbeitern in der Schuhindustrie die Stepperinnen am meisten unter der Ausbeutung der Fabrikanten zu leiden haben und wies nach, daß der Verdienst der Stepperinnen in den letzten sechs Jahren stark gesunken ist, so daß Löhne von 4 bis 12 Mk. gezahlt werden und ein Verdienst von 15 Mk. zu den Ausnahmen gehört. Werden höhere Löhne erzielt, so wird Arbeit mit nach Hause genommen und die halben Nähte geschickt. Aber gerade dieser Heiß der Stepperinnen hat sich in denselben bitter gerächt, da durch den höheren Verdienst die Unternehmer leichter den Abschluß lohnen herbeiführen konnten. Neben stellte fest, daß innerlich zwei Jahre die Arbeiterinnen um 40 bis 50 Prozent vermindert sind. Von allen stellt aber die heimische Schuhfabrik in der Revolution der Höhe unterdrückt da. So wurde den Stepperinnen für Generaullieferung angekündigt, daß es von jetzt ab eine Mark weniger gibt, während der Vorrichterin für denselben Artikel 50 Pf. abgezogen werden sollten. Bei den Stepperinnen macht dies 25, bei der Vorrichterin 50 Prozent aus. Weil die Arbeiterinnen sich dies nicht gefallen lassen wollten, wurde sämtlichen gekündigt und sofort die Arbeit entzogen, so daß die geringwertigen Artikel in Arbeit erhielten und auf alle mögliche Weise hantiert wurden. Leider waren nur zwei von den Arbeiterinnen organisiert, jedoch wurde beschlossen in der Öffentlichkeit dieses Vorgehen einer scharfen Kritik zu unterziehen und den Charakter des Herrn Fabrikanten zu kennzeichnen. Der Referent stellte an die Anwesenden die Frage, ob sie noch länger gewillt wären sich solche Behandlung seitens der Fabrikanten gefallen zu lassen? Wollten sie eine Besserung dieser Zustände herbeiführen, so sollten sie sich im Verein deutscher Schuhmacher organisieren. Weicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen und schloffen sich eine Anzahl Kollegen unserer Organisation an. Wogen die Kollegen und Kolleginnen aus den letzten Vorkommnissen am Plage eine erste Lehre ziehen, denn die Lohnreduktionen am Plage mehren sich in unheimlicher Weise, so kamen in einem Zeitraum von 14 Tagen 6 Fälle vor, wo sich die Disziplinierung mit Lohnreduktionen bei Zwaidern und Stepperinnen zu beschäftigen hatte. In den Fabriken, wo die Arbeiter gut organisiert waren, gelang es dem Eingreifen des Vereins, die Fabrikanten zu veranlassen, die Lohnreduktionen fallen zu lassen. Es ist dadurch wohl der beste Beweis erbracht, was eine gute Organisation für die Arbeiter zu bedeuten hat. Ihn die Arbeiter ihre Pflicht und sorgen dafür, daß alle Kollegen und Kolleginnen dem Verein deutscher Schuhmacher beitreten, dann werden sie in Zukunft nur Verfechtung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bemacht sein, es wird eher möglich sein, dieselben zu verbessern. Ein großes Arbeitsfeld liegt vor uns, ihm jeder sein Pflicht.

Schwinnigen. Nachgehend gehen wir eine Uebersicht über die Verhältnisse der Fabrik- und Schöpharbeiter am hiesigen Ort. Es ist ironisch mit anzusehen, wie die Kollegen hier drangaliert und geschlagen werden. So hat z. B. eine Firma, welche ihre Arbeiter in hoch-jonke Partierorganisation, einen früheren Schuhmann Himmel als Zwaidmeister eingestellt, dessen erste große That war, daß er einen Kollegen wegen Meinungsbeileidigung anzeigte, so daß der Kollege ein paar Monate Erhaltung hinter schwebenden Gardinen bekommen hat. Dieser Herr erdriekt sich auch, die Kollegen mit Sempel und Schöpfstropf zu kitzeln, und doch hätte er es am allerwenigsten, sich mit den Arbeitern zu vertragen, denn was seine geschäftlichen Kenntnisse anbetrifft, so waren die erwähnten Ausdrücke bei ihm am besten anzuwenden. Aber nicht allein in dieser Fabrik herrschen traurige Verhältnisse, sondern auch in den anderen Fabriken ist es nicht viel besser, so hat z. B. eine Firma einen Zwaidmeister Napp, der eine interessante Bergangenheit hinter sich hat. Bevor derselbe Zwaidmeister wurde, hat dieser Herr sich gar nicht wohl gefühlt, wenn er Montags nicht blau machen konnte, aber jetzt, wo er Zwaidmeister geworden ist, schimpft und drangaliert er die Kollegen so, daß es nicht zum aushalten ist. Hauptächlich haben die organisierten Kollegen darunter zu leiden. Ein Fabrikant mit 8 bis 10 Arbeitern nahm bei den Zwaidern eine Lohnreduktion vor. Auch bei den Schöpfarbeitern herrschen arge Verhältnisse, dieselben schafen von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends und auch noch länger, wobei sie die Kost und das Logis beim Meister erhalten. Solche Zustände müssen unter allen Umständen abgekehrt werden, das kann aber nur durch Einigkeit und festen Zusammenhalt gelingen. Wir

fördern daher die Kollegen auf, sich im Verein deutscher Schuhmacher zu organisieren und tüchtig für denselben zu agitieren, denn nur Einigkeit macht stark. — Zu berichtigen ist, daß der Zwaidmeister Sempel, nicht Sempel wie in der letzten Nummer im „Nachricht“ stand, heißt.

Thalströhen. Eine öffentliche Schuhmacherverammlung fand hier am 31. August statt, die in Anbetracht der verhältnismäßig kleinen Zahl hier wohnhafter Schuhfabrikarbeiter gut besucht war. Kollege S. Feldmüller aus Pirmasens referierte in anerkennenswerter Ausführung über das Thema: „Der Kampf ums Dasein.“ Redner entwidete auf Grund umfangreichen statistischen Materials ein klares Bild über den Daseinskampf der Arbeiter im einzelnen wie auch im allgemeinen. Die schlechten Ausführungen, welche in einer eingehenden Behandlung der Folgen der Brotpreiserhöhung abhüllten, fanden allgemeinen Beifall. Goffen wir, daß auch diese Verammlung dazu beiträgt, die Schuhmacherverorganisation zu kräftigen und zu vertiefen.

Verein deutscher Schuhmacher.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Die von uns zur Ausgabe gelangende Flugschrift kommt in nächster Woche zum Versand. Es haben aber trotz zweimaliger Aufforderung durch Zirkular bis heute 66 Zahlstellen sich noch nicht darüber geäußert, ob und wieviel sie von den Flugschriften zur Verbreitung gebrauchen. Wir hoffen, daß dieses nunmehr sofort nachgeholt wird, so daß wir sagen können, an der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder für den Verein deutscher Schuhmacher haben sich sämtliche Zahlstellen beteiligt.

Einzelmitglieder bitten wir ebenfalls, uns per Postkarte mitzuteilen, ob und wieviel sie von der neuen Flugchrift zur Verbreitung gebrauchen können, denn auch gerade die einzelnen Kollegen können, wenn sie mit der Agitation ernsthaft beginnen, noch sehr viele neue Mitglieder unserm Verein zuführen.

Darum Kollegen! **Frish aus Werk! Auf zur Agitation für den Verein deutscher Schuhmacher!**

Der Zahlstelle Bremen wurde auf Ihren Antrag vom Vorstande gemäß § 5 Abs. 3 des Statuts die Genehmigung erteilt, von jedem Mitglied einen Lokalzuschlag (Ergänzung) zu erheben. Es werden demnach in der Zahlstelle Bremen pro Mitglied und Monat 10 Pf. Ergänzungen erhoben werden. Den betreffenden Mitgliedern geben wir hierdurch bekannt, daß die Rückzahlung dieser Ergänzungen die Folgen des § 8 Abs. 1 des Statuts nach sich zieht.

Folgende Mitgliedsbücher sind bei uns als verloren gemeldet, dieselben werden hierdurch für ungültig erklärt: B.-Nr. 41157, Hob. Mandel, geb. zu Pordheim, eingetr. am 28. April 1902 in Stuttgart; B.-Nr. 4311, Christine Bergberger, geb. zu Pordh, eingetr. am 17. Juni 1897 in Stuttgart; B.-Nr. 39266, Sina Gütle, geb. zu Hellbrunn, eingetr. am 5. April 1902 in Stuttgart; B.-Nr. 322, Heinrich Spitzer, geb. zu Bremerhaven, eingetr. am 29. Juli 1889 in Bremerhaven.

Rürnberg, den 6. September 1902.

Der Vorstand.

Vereinsnachrichten.

Bremen. 1. Rev. M. Thieme, Wülfersstr. 61. 2. Rev. M. Zimmermann, Gemmlstraße 37. 11. Neuesterfassung wird ausbezahlt von J. Dudenhof, Wallstr. 1 b. Arbeitsnachweis und Berlehrs-Lokal Hofenstr. 21/22.

Leoberg. 1. Rev. J. Don jun., „Gasthaus zur Traube“. 2. Rev. Ernst Glaser, bei der Turmhalle. 3. Rev. Gottlieb Lang, Reiforen: Gottlieb Braun und Friedrich Hausch.

Milheim a. Rh. 1. Rev. Jock Müller, Stöckergasse 6. 2. Rev. Jakob Popp, Stöckergasse 6. Neuesterfassung zählt Kollege Karl Schumacher, Grünstr. 52 aus. Die Lokalunterstützung für nicht unterstützungsberechtigte Kollegen, welche ein Vierteljahr im Verein sind und für diejenigen Kollegen, welche die Neuesterfassung voll bezogen haben, zählt der 2. Rev. mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 9 Uhr aus.

Hendbach a. Rh. 1. Rev. Friz Haas, Gerberstr. 7. Hinterhaus, p. 11. Rev. Eduard Erbert, Gerberstr. 8. Vorderhaus, p. 1. Letzterer zählt die Neuesterfassung aus von mittags 12—1 Uhr und abends von 7—8 Uhr.

Brenglar. Die Herbstge befindet sich von jetzt ab bei der Schuhmacher-Gerberge bei Herrn Geste, Wilhelmstraße 49. Das Versammlungsort befindet sich bei Pollion, Schulle 67.

Orientalen.

S. St. Mannheim: Hier ist ein bearbeiteter Bericht nicht eingegangen.

Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen

- Altona am Montag, den 15. Septbr., abends 9 Uhr bei Herrn Geil, Al. Freiheit 87.
- Altenburg am Montag, den 15. Septbr., abends 8 1/2 Uhr im „Schwarzen Adler“, Kesselfasse 19.
- Augsburg am Sonnabend, den 20. Septbr., abends 8 Uhr im Lokal „Zum Baisfisch“, Biederstraße 5.
- Bielefeld am Montag, den 15. Septbr., abends 9 Uhr in der „Centralhalle“, Kaiser-Wilhelm-Platz.
- Bonn am Montag, den 15. Septbr., abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Haffender, Katernstraße 16.
- Braunschweig am Montag, den 15. Septbr., abends 9 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Werder 32.
- Bremen am Montag, den 15. Septbr., abends 9 Uhr im „Vereinshaus“, Ganten-Strasse 21/22.
- Bremerhaven am Montag, den 15. Septbr., abends 8 1/2 Uhr im „Gasthof zur Fische“, Vangerstraße.
- Charlottenburg am Montag, den 15. Septbr., abends 8 Uhr im „Volkshaus“, Postenstr. 8.
- Cottbus am Montag, den 15. Septbr., abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Hiesl, Schloßstraße 8.
- Dortmund am Montag, den 15. Septbr., abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Wilhelmstr. 1, Kaufstr. 78.
- Kiel am Montag, den 15. Septbr., abends 8 1/2 Uhr im „Englischen Garten“.
- Königsberg i. Pr. am Montag, den 15. Septbr., abends 8 Uhr im Lokale der „Rheinische“, 206. Oberbergstr. 14.
- Mannheim am Montag, den 15. Septbr., abends 8 1/2 Uhr im Lokal „Rubwighöhe“, S. 6. 1.

München I am Sonnabend, den 18. Septbr., abends 8 Uhr im Restaurant „Dall Heim“, Fraunplatz 6.

Posen am Montag, den 15. Septbr., abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Karl Verbit, Kragartenstr. 10.

Schneeberg am Montag, den 22. Septbr., abends 8 Uhr in Döfles Hof, Reiforen, Meiningerstr. 8.

Straßburg am Sonnabend, den 20. Septbr., abends 8 1/2 Uhr im Lokal Franz Magnus, Wilhelmstr.

Stuttgart am Montag, den 15. Septbr., abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus zum goldenen Bären“, Eplingerstraße.

Weida am Montag, den 15. Septbr., abends 8 1/2 Uhr bei H. Gschig, Marktstraße.

Wiesbaden am Montag, den 15. Septbr., abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Koop, Hermannstr. 6.

Dresdener Volkshaus

Rigenbergstraße 2 — Rogstraße 13.

Zentralverlehr der Gewerkschaften.

Hotelbetten von 75 Pf. bis 1,75 Mk.

Bergerbetten von 40 Pf. an mit Wäder-Bezugung.

Angenehme Räume mit guter Ventilation.

Hiere nur aus ersten Bräuereien.

Großer Saal, kleine Säle und Sitzungszimmer.

Abolition, Band und Besag von M. Hof in Götting.

Die Kalkulation

ber
Ober- und Unterleder und Stoffe
zur
Schuh- und Stiefelerzeugung
verbunden mit einer Berechnung der einzelnen Gattungen und Felle zum vortheilhaftesten Lederauschnitt und zahlreichsten Illustrationen, die den Lesern die Kalkulation ganz außerordentlich erleichtern.

Preis nur 1,25 Mark.

Zu beziehen durch den Verlag der „Nachricht“ in Gotha.

Tüchtige Schuhmacher

für erstklassige Arbeit, gegen hohen Lohn, sucht
L. Deber, St. Johann a. E.

Nachruf!
Unser Schriftführer
Wilhelm Hessel
hat für immer die Augen geschlossen. Wir bewahren ihm ein ehrendes Andenken.
Die Mitglieder der Filiale Rannstadt II.